



öffentlich

Betreff:

Behindertengerechter Ausbau von Haltestellen

Erstellungsdatum 15.05.2001

Eingang 02:

Einreicher: Fraktion PDS

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.05.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		
10.10.2001	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Dem behindertengerechten Ausbau von Bus- und Straßenbahnhaltestellen ist vom Oberbürgermeister bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2002 eine hohe Priorität einzuräumen. Hierzu sollen eine Bedarfsliste erstellt sowie die Nutzung von Förderwegen geprüft werden. Beides ist der Stadtverordnetenversammlung bis Oktober 2001 zu Kenntnis zu geben.

Unterschrift

Begründung siehe Anlage

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium: _____

Sitzung am: _____

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Bedingt durch die mit der Einführung des "Takt 2000" am 25. Juni 2000 erfolgten Linienänderungen sind im Busbereich zahlreiche neue Haltestellen eingerichtet worden, die nicht den anerkannten Standards der Behindertenfreundlichkeit entsprechen (Beispiele: Hst. Am Moosfenn, Hst. Park Babelsberg). Dies stellt für die in ihrer Mobilität eingeschränkten Fahrgäste eine kaum zu überwindende Barriere dar. Da die Einrichtung und der Ausbau von Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eine kommunale Angelegenheit ist und in der Stadt Potsdam durch das Tiefbauamt erfolgt, sind dafür in der Regel auch städtische Haushaltsmittel bereitzustellen. Die dafür in Betracht kommenden Förderwege könnten hier aber eine erhebliche Entlastung herbeiführen.